

Neue Straßenreinigungsverordnung und Gebührensatzung verabschiedet Ungerechtigkeiten im Gebührenrecht bleiben bestehen

Auf Anregung der SPD Fraktion wurde die Straßenreinigungssatzung seitens der Gemeinde neu erstellt. Die alte Satzung war einige Jahrzehnte alt und entsprach nicht mehr der gültigen Rechtsprechung. In der Satzung wird unter anderem die maschinelle Reinigung von Straßen und der Winterdienst geregelt. Die SPD Fraktion wurde im Gespräch mit Ordnungsamtsleiter Hermann-Josef Vogt über die Inhalte des umfangreichen Papiers informiert.

Im Gemeinderat haben sich die Beigeordneten Hermann Nüsse und Andre Olthoff für eine Änderung eingesetzt, die für eine Gleichbehandlung der Bürger in gebührenrechtlicher Hinsicht sorgen soll.

Bei der Gemeinderatssitzung am 23.09.2013 erläuterte Hermann Nüsse für die SPD einen Änderungsantrag:

„Ungerecht ist der Vorschlag zum Gebührenrecht. Landwirte, die im Ortskern wohnen und mit ihren Hofeinfahrten und Gebäuden an den mit Bürgersteigen versehenen Straßen liegen, brauchen im Gegensatz zu ihren unmittelbaren Nachbarn die maschinelle Reinigung nicht zu bezahlen.

Einige Beispiele:

- Feldstraße in Lohne, Besitzer östlich gelegener Häuser müssen bezahlen, hingegen soll für das Wohnhaus eines westlich gelegenen ehemaligen landwirtschaftlichen Betriebes eine Befreiung beschlossen werden.

- Hauptstraße nördlicher Teil, Besitzer westlich gelegener Häuser müssen bezahlen, dagegen soll für die an der östlichen Seite gelegenen Landwirte eine Befreiung beschlossen werden.

- Nordstraße in Nordlohne, es soll eine Gebührenbefreiung wegen der Verkehrssicherheit geben. Dagegen soll es in der Hauptstraße in Lohne keine Gebührenbefreiung geben, obwohl dort wesentlich mehr Verkehr ist. Diese Beispiele können in allen Ortsteilen angeführt werden.

Die SPD-Fraktion beantragt daher, dass die Verwaltung einen neuen Beschlussvorschlag erarbeitet, in dem eine Gleichbehandlung aller Bürger in gebührenrechtlicher Hinsicht enthalten ist.“

Leider fand der Änderungsantrag keine Mehrheit.

Die Gebührensatzung wurde durch die Stimmen der CDU-Mehrheit in Kraft gesetzt.